**Deutscher Bundestag** **Drucksache 15/1683**
**15. Wahlperiode** 14. 10. 2003

# Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Petra Weis, Eckhardt Barthel (Berlin), Sören Bartol, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**
**sowie der Abgeordneten Franziska Eichstädt-Bohlig, Volker Beck (Köln), Winfried Hermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
**– Drucksache 15/1092 –**

## Die Qualitätsoffensive für gutes Planen und Bauen voranbringen

### A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag unter anderem beschließen soll, die Bundesregierung aufzufordern, noch im Jahr 2003 den Klärungsprozess so weit voranzutreiben, dass die Stiftung Baukultur im kommenden Jahr konkrete Gestalt annehmen und über ein Stiftungsgesetz beraten werden könne, und in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachverbänden, Hochschulen, Institutionen und Persönlichkeiten ein Konzept für den Aufbau einer Stiftung Baukultur auf Bundesebene zu erarbeiten.

### B. Lösung

**Einstimmige Annahme des Antrags**

### C. Alternativen

Keine

### D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 15/1092 – anzunehmen.

Berlin, den 14. Oktober 2003

**Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen**

| **Eduard Oswald** | **Renate Blank** |
| --- | --- |
| Vorsitzender | Berichterstatterin |

# Bericht der Abgeordneten Renate Blank

## I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/1092 in seiner 48. Sitzung am 5. Juni 2003 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und an den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

## II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag unter anderem beschließen soll, die Bundesregierung aufzufordern, noch im Jahr 2003 den Klärungsprozess so weit voranzutreiben, dass die Stiftung Baukultur im kommenden Jahr konkrete Gestalt annehmen und über ein Stiftungsgesetz beraten werden könne, und in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachverbänden, Hochschulen, Institutionen und Persönlichkeiten ein Konzept für den Aufbau einer Stiftung Baukultur auf Bundesebene zu erarbeiten.

## III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Die **Ausschüsse für Wirtschaft und Arbeit** sowie **für Kultur und Medien** haben jeweils einstimmig die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfiehlt ebenfalls einstimmig die Annahme des Antrags allerdings mit folgendem Zusatz: *„Der Antrag – Drucksache 15/1092 – soll wie folgt ergänzt werden: I. Absatz 2, im Anschluss an den letzten Satz: ‚... Erneuerung befassen. Auch das Handwerk muss mit seinem praktischen Erfahrungsschatz einbezogen werden, wenn es um qualitätssicherndes Bauen und die dabei angewandte Handwerkskultur geht‘. III. 4. nach dem zweiten Spiegelstrich: ‚– durch Entschlackung der Bauvorschriften zum Bürokratieabbau beitragen,‘ nach dem vierten Spiegelstrich: ‚– durch Aufnahme qualitätssichernder Regulierungen in die HOAI zur Kosteneffizienz beitragen‘.“*

## IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag in seiner 17. Sitzung am 24. September 2003 beraten. Er empfiehlt einstimmig die Annahme.

Die **Fraktion der SPD** meinte, dass es zu dem Thema Baukultur eine große politische Übereinstimmung gebe. Das Thema treffe auch in der Gesellschaft auf große Akzeptanz. Mit dem Beginn der Initiative Architektur und Baukultur, mit dem Statusbericht und mit den Vorbereitungen zum Aufbau der geplanten Stiftung sei in kurzer Zeit bundesweit ein intensiver Kommunikationsprozess in Gang gesetzt worden. Mit der jetzigen Debatte stehe man sicher erst am Anfang eines Prozesses; es handle sich um eine politische Daueraufgabe. Man müsse die Chancen von Planern und Planerinnen und von Architekten und Architektinnen auf den internationalen Märkten verbessern. Dazu diene auch die angestrebte Qualitätsoffensive, die Fachleute und Laien einbeziehen solle. Mit dem Antrag habe man unter anderem angestrebt, seine Unterstützung für die Initiative Baukultur zu demonstrieren; man erwarte von der Bundesregierung, dass sie sich dafür einsetze, diesen Prozess zu begleiten. Sie erklärte, die Vorbildfunktion des Bundes sei besonders wichtig, da das öffentliche Bauen nach wie vor Maßstäbe setze.

Die **Fraktion der CDU/CSU** unterstützte den Antrag der Koalitionsfraktionen. Sie betonte, die Architektur sei die Mutter aller Künste und auch die öffentlichste Kunst. Sie spiele in der Gesellschaft eine entscheidende Rolle. Jeder, der qualitätsvoll baue, trage zum Mosaik der Baukultur bei. Das Thema Baukultur beinhalte eine Daueraufgabe. Es eigne sich nicht für den parteipolitischen Streit. Man solle die Bauktur vielmehr gemeinsam voranbringen, auch um die deutschen Ingenieure und Architekten weltweit bekannt zu machen. Der Vorschlag für eine Qualitätsoffensive für gutes Planen und Bauen sei daher richtig. Man fordere, dass baukulturelle Aspekte und Gestaltungsfragen, von Anfang an bei allen Planungs- und Bauprozessen als selbstverständliche Qualitätsanforderung einbezogen werden sollten. Zu der Forderung in dem Antrag, mehr Wettbewerbe durchzuführen, merkte sie an, dass Wettbewerbe in der letzten Zeit leider nur beschränkt ausgeschrieben worden seien. An solchen beschränkt ausgeschriebenen Wettbewerben könnten sich nur die großen Büros beteiligen, man wolle aber gerade auch junge Leute motivieren, sich an Ausschreibungen zu beteiligen. Sie bat die Bundesregierung daher, bei Bundesbauten nicht lediglich beschränkte Wettbewerbe durchzuführen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, dass Thema eigne sich offenbar besonders für eine fraktionsübergreifende Behandlung. Bauen sei ein Thema, welches in der einen oder anderen Form alle betreffe. Man begrüße, wenn es gelinge, eine Stiftung Baukultur auf Bundesebene einzurichten, die so aufgebaut sei, dass sie von allen am Bau Beteiligten getragen werde. Die Stiftung Baukultur solle Anstöße geben. Es gehe nicht um die Förderung einzelner Projekte; man müsse die Initiative als eine ideelle Kampagne begreifen und vielleicht gehe ein „Bauruck“ durch das Land.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, sie könne den Antrag mittragen. Das Thema „Qualität von Planen und Bauen“ werde weitgehend parteiunabhängig gesehen. In den letzten Jahren habe in diesem Bereich ein Umdenken stattgefunden. Zum Beispiel hätten zwischenzeitlich viele erkannt, dass das Bauen im Außenbereich zu einer Abkehr der Menschen von den Stadtzentren geführt habe. Was den Denkmalschutz betreffe, sei darauf hinzuweisen, dass dieser nicht baubehindernd wirken dürfe, sondern eher bauintegrierend sein solle.

Berlin, den 14. Oktober 2003

**Renate Blank**
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 340, Telefax (02 21) 97 66 344
ISSN 0722-8333